LV 1 Rückbau Altbau Rosenstraße 77 in 01159 Dresden
-Vorbemerkung Aufgabenbeschreibung und Forderungen zur Baudurchführung-

1. AUFGABENBESCHREIBUNG/ FORDERUNGEN ZUR BAUDURCHFÜHRUNG / ANGABEN ZUM STANDORT

Gegenstand der hier vorliegenden Ausschreibung stellt der Rückbau eines ehemaligen Chemiehandels am Standort Rosenstraße 77 in 01159 Dresden (Flurstücke 525/e, 525/f, 527/4, 527/12, 530/c, 531 und 531/a / Gemarkung Dresden-Altstadt II) dar.

Der Umfang der Rückbaumaßnahme beinhaltet ein 6-geschossiges Lagergebäude (inklusive KG), ein 4-geschossiges Verwaltungsgebäude (inklusive KG), den zwischen beiden Gebäuden bestehenden Verbindungsbau, ein aus einer vorhergehenden Rückbaumaßnahme bestehendes Kellergeschoss sowie sämtliche Fundamente einschließlich der Beräumung der Außenflächen mit der Rodung von Bäumen, Unterholz und Gebüsch innerhalb des gesamten Baubereiches sowie der Entsorgung aller anfallenden Abfälle.

Der Baustellenbereich des Gebäuderückbaus wird im Norden durch die Rosenstraße und im Süden durch Gleise begrenzt. Im Westen grenzt das Gelände der Baustelle an das Grundstück der Veolia Umweltservice Ost GmbH. Im Osten grenzen Bürocontainer der Firma CEMEX Deutschland AG an.

Alle Arbeiten und die gesamten einzusetzenden Baumaschinen inkl. Handgeräte sind so zu planen, dass diese den Forderungen des Merkblatts „Schutz vor Baulärm und Luftverunreinigungen“ genügen. Alle darin enthaltenen schalltechnische Forderungen und Maßnahmen sind dringend einzuhalten und entsprechend in den einzelnen Positionen einzukalkulieren.

Die Zufahrt zur Baustelle erfolgt vom nördlichen Bereich über die angrenzende Rosenstraße zu den vorhandenen Grundstückseinfahrten, diese sind durch den Abbruchunternehmer zu sichern und zu schützen.

Auf Grund der Bauausführung bzw. der Nutzung ist mit schadstoffbelasteten Baumaterialien zu rechnen. Es ist mit kanzerogenen Baumaterialien in Form von kanzerogenen KMF sowie teilweise mit asbesthaltigen Baumaterialien zu rechnen, welche gemäß TRGS 521 bzw. TRGS 519 auszubauen und zu entsorgen sind.

Alle herzustellenden Böschungen im Baugrubenbereich müssen nach den anerkannten Regeln der Technik aufgebaut werden. Hier ist insbesondere auf die DIN4124, DIN4123 sowie DIN4084 hinzuweisen. Die vorhandenen Anlagen für das Grundwassermonitoring sind während der Leistungen in Betrieb, diese sind durch geeignete Maßnahmen zu sichern und zu schützen.

Bis auf den Grundstücksbereich stehen keine weiteren Flächen für die Baustelleneinrichtung bzw. für das Abfallmanagement zur Verfügung.

Entsprechende Mehrkosten welche sich durch das Handling mit einem möglichen Zwischenparkplatz (z.B. Durchführung eines Ordersystems) ergeben, sind in den entsprechenden Pos. mit einzukalkulieren. Dieser kann durch den AG nicht gestellt werden und muss bei Bedarf eigenverantwortlich durch den AN organisiert werden. Entsprechende Mehrkosten sind in den entsprechenden Pos. mit einzukalkulieren.

Im Übrigen gelten die Baustellenordnung und der SiGe-Plan bzw. relevante gleichgestellte Dokumente mit Festlegungen zum Baustellenregime.

Dem Auftragnehmer obliegt unabhängig vom Baustellenregime in jedem Fall die komplexe Eigenüberwachungs- und Koordinationspflicht seiner Leistungen. Er stellt den verantwortlichen Bauleiter nach §56 SächsBO und wird durch den Projektleiter/ Bauüberwacher bauherrenseitig unterstützt bzw. kontrolliert.

Die Sicherungspflichten zur Baustelle (Abbruchobjekt und Grundstücksbereich innerhalb Bauzaun) gehen mit dem Zeitpunkt des Beginns der Bauzaunstellung vom AG an den AN über und enden für den AN mit dem Zeitpunkt der Abnahme zum Abbruch.

-Vorbemerkung Bauabwicklung / Bedingungen-

2. BAUABWICKLUNG / BEDINGUNGEN

2.1. Gefährdete bauliche Anlagen sowie Bäume aller Art (Nachbargrundstück) sind zu sichern.

2.2. Vom AN ist ein Bautagebuch zu führen, welches der örtlichen Bauleitung zur Bestätigung vorzulegen ist. In diesem Bautagebuch sind, arbeitstäglich, die entsorgten Massen aufzuzeichnen.

2.3. Der Auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die der Auftraggeber regelmäßig durchführt, einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Die Besprechungen finden jeweils "wöchentlich" statt.

2.4. Der Auftragnehmer hat einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Die Festlegungen des Auftraggebers sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem Auftraggeber 8 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich jeweils in '4' Fertigungen zu übergeben.

2.5. Aufmaßzusammenstellungen sind allen Teil- und Schlussrechnungen beizufügen. Auf Wunsch des Auftraggebers sind Rechnungen für abgegrenzte Teilbereiche zu stellen. Die Teilbereiche werden vom Auftraggeber festgelegt.

2.6. Maßgeblich sind die im Leistungsverzeichnis gemachten Angaben. Sind weitere Positionen entsprechend der örtlichen Gegebenheiten erforderlich, so müssen die vor Beginn der Bauausführung mit dem Auftraggeber abgestimmt werden. Werden unvorhergesehene Hindernisse, z.B. unbekannte Leitungstrassen oder Fundamente usw. angetroffen, ist dies der Bauleitung zu melden und entsprechende Maßnahmen mit ihr abzustimmen. Mehrmengen sind dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen.

2.7. Der AN hat sich vor Ausführung der Arbeiten über die Lage von Leitungen, Kabeln, Dränen, Kanälen usw. bei den zuständigen Medienträgern zu unterrichten und die Schachtgenehmigungen in Eigenverantwortung einzuholen und den AG vorzulegen. Dies betrifft alle Medien im Bereich der Baustelle.

2.8. Der mit der Maßnahme zu beauftragende Fachbetrieb übernimmt die Organisation des Arbeits-, Sicherheits- und Gesundheitsschutzes entsprechend der aktuell gültigen gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorgaben. Sämtliche Arbeiten beim Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen sind nach der BaustellV, GefStoffV, nach TRGS 524, TRGS 521, TRGS 519 und nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auszuführen. In diesem Zusammenhang ist eine fachlich geeignete Person zu benennen, die alle Arbeiten gem. TRGS 524 leitet und die vorschriftsmäßige Durchführung gewährleistet.

2.9. Die Sanierungsarbeiten der kanzerogenen Stoffe sind gemäß TRG 521 durch eine gemäß § 2 Absatz 14 GefStoffV Sachkundige Person zu leiten und zu überwachen. Diese Person muss die Sachkunde gemäß TRGS 521 haben und im Vorfeld der Sanierungsarbeiten belegen bzw. nachweisen. Der AN hat unter Berücksichtigung der Gefährdungsbeurteilung eine arbeitsplatzbezogene schriftliche Betriebsanweisung in verständlicher Form und Sprache zu erstellen und diese den Beschäftigten zugänglich zu machen.

2.10. Durch den Auftragnehmer verursachte Beschädigungen sind nach Beendigung der Arbeiten unaufgefordert zu beseitigen. Eventuell notwendig werdende Reparaturen und Instandsetzungen als Folge seiner ausgeführten Arbeiten sind zu Lasten des Auftragnehmers durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf den Erhaltungszustand der anliegenden Fußwege und Straßen sowie der Oberflächenversiegelungen hingewiesen.

2.11. Die Wahl des Bauablaufes sowie der Einsatz der Baugeräte sind Sache des Auftragnehmers. Abbruch- und Sanierungstechnologie inkl. Methodik des Bieters sind vor Baubeginn dem AG vorzustellen und mit diesem abzustimmen. Zu diesem Zweck wird eine angesetzte Bauanlaufberatung

vor Baubeginn mit allen Beteiligten durchgeführt. Die entsprechende Technologie ist bereits im abzugebenden Angebot erschöpfend vorzustellen bzw. zu erläutern!

2.12. Es ist Sache des AN, für alle erforderliche werdenden notwendigen Transportgeräten für den horizontalen und vertikalen Transport zu sorgen. Alle Leistungen sind inklusive der dazu notwendigen technischen Hilfsmittel, Hebezeuge, Kräne, Bagger etc. zu kalkulieren, auch wenn es in den einzelnen LV- Positionen nicht explizit erwähnt wird.

2.13. Der anfallende Schrott ist zu sortieren.

2.14. Vom AN zu erstellende Aufmaße sind nur mit der örtlichen Bauleitung gemeinsam zu erstellen und dieser zur Bestätigung vorzulegen.

2.15. zulässige Arbeitszeiten: gem. Polizeiverordnung der Landeshauptstadt Dresden in Verbindung mit den Vorschriften der akt. Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (BlmSchV) sowie den Festlegungen Merkblatt „Schutz vor Baulärm und Luftverunreinigungen“.

2.16. Arbeitszeit: Die Arbeitszeit beinhaltet das tägliche Aufräumen (Sichern) und Reinigen der Baustelle. Vorgenannte Arbeitszeit gilt von Montag bis Freitag. Wochenendarbeit bedarf der besonderen vorherigen Genehmigung durch den Auftraggeber.

2.17. Der Bieter kann sich vor Angebotsabgabe über die Örtlichkeit und die besonderen Bedingungen der Baustelle vor Ort informieren.

2.18. Die Lieferung aller zu den Bauleistungen gehörenden Baustoffe, Bauhilfsstoffe, Aufhängungen, Konsolen, Klein und Befestigungsmaterialien usw. ist in die betreffenden Preise einzukalkulieren. Soweit nicht ausdrücklich anders erwähnt, verstehen sich die Arbeiten als betriebsfertig ausgeführt, einschließlich aller Nebenleistungen.

2.19. Die Kosten für die geforderten arbeitsmedizinischen Untersuchungen der Mitarbeiter sind in die betreffenden Preise einzukalkulieren und werden nicht separat vergütet.

2.20. Betriebskosten bzw. die Einrichtung von Baustrom u. -wasser sowie sonstige Medien inkl. der Teile der Baustelleneinrichtung (z. B. Toiletten) werden vom AG nicht zusätzlich vergütet. Der AN hat selbstständig und eigenverantwortlich die Bereitstellung und Abrechnung der Medien gegenüber den Medienträgern abzusichern.

2.21. Bei der Nutzung von öffentlichem Verkehrsraum, Stellflächen sowie von nicht im Eigentum des AG befindlichen Flächen ist das Genehmigungsverfahren durch den AN zu sichern. Kosten und Gebühren für die Beantragung, Nutzung, Einrichtung und Instandhaltung und -setzung dieser Flächen nach Beendigung der Leistung sind selbstständig zu erbringen. Die Sondernutzung der bestehenden Einfahrt ist zu beantragen. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht.

2.22. Bei der Kalkulation, Vorbereitung und Durchführung der ausgeschriebenen Lieferungen und Leistungen ist das Arbeitsschutzsystem auf Basis der aktuellen Arbeitsschutzgesetzgebung, der Sozialgesetzgebung, der Arbeitsstättenverordnung und der gültigen Unfallverhütungsvorschriften durch den Auftragnehmer unbeschadet weiterer Vorschriften und Festlegungen anzuwenden, auch wenn in den Positionstexten nicht nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen wird.

2.23. Alle Probleme des Brandschutzes der Lager- und Arbeitsorte hat der Auftragnehmer während der gesamten Bauzeit eigenverantwortlich zu lösen.

2.24. Vor Beginn der Arbeiten sind die sicherheitstechnischen Einrichtungen durch den Auftragnehmer auf Sicherheit und Brauchbarkeit zu überprüfen. Eventuell festgestellte Mängel und Fehler sind unverzüglich der Bauleitung mitzuteilen. Für zum Einsatz gelangende Fahr- und Kleingerüste sind auf der Baustelle der Aufbau- und Verwendungsnachweis des Herstellers vorzuhalten.

2.25. Aufmaße (zu abgestimmten Sonderleistungen) sind der Bauüberwachung grundsätzlich innerhalb von 3 Tagen nach Leistungserbringung (bzw. im Abstand von 3 Tagen) zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen. Stundenarbeiten (Regiestunden) zum Nachweis sind rechtzeitig vor ihrer Ausführung anzubieten, von der Bauüberwachung genehmigen und am Tag der Ausführung (+ 1 Werktag) bestätigen zu lassen. Stundenzettel vorheriger Tage ohne Unterschrift der Bauüberwachung

werden nicht mehr abrechnungswirksam. Eventuelle Material- und Gerätekosten sind mit dem Stundensatz abgegolten (normaler Umfang).

2.26. Das Vorhandensein von Kampfmitteln kann nicht ausgeschlossen werden. Falls während der Abbrucharbeiten seitens des AN Kampfmittel aufgefunden oder vermutet werden, sind die Bauleitung und der AG sofort zu informieren.

2.27. Der AN hat arbeitstäglich ein Bautagebuch zu führen und unaufgefordert mindestens wöchentlich dem bauüberwachenden Bauleiter vorzulegen. Das Bautagebuch ist mit der Schlussrechnung den Unterlagen beizufügen. Die Bautageberichte müssen mindestens die namentlich genannten Arbeiter auf der Baustelle, eine Auflistung der durchgeführten Arbeiten sowie besondere Vorkommnisse (z.B. Besucher etc.) enthalten. Ebenso sind die Anweisungen durch die Bauleitung oder vom AN angemeldete Behinderungen oder Erschwernisse zu dokumentieren.

In die Leistungspositionen sind folgende Kosten, soweit sie nicht in gesonderten Positionen ausgewiesen sind, mit einzurechnen:

- Die Kosten für sämtliche Aufwendungen zur Erfüllung der Forderungen zum Arbeits- und Brandschutz;
- notwendige Hebezeuge/Kräne/Bagger/kranbare Container/ Notstromaggregate/Abbruch-, Betonschneid-, -säge- und Bohrwerkzeuge/-maschinen etc. gem. Demontage-/Abbruch- und Transporttechnologie des AN;
- sämtliche sonstige Schutzgerüste, Schutzausrüstungen, Hilfsmittel, Geräte, Werkzeuge;
- Dienst- und Nebenleistungen zur Erreichung der geforderten Qualitäten;
- Baufeldreinigungen und umweltgerechte Bauschuttbeseitigung während und nach Beendigung der beschriebenen Leistungen;
- normale und grobe Erschwernisse während der Baudurchführung;
- erhöhten Aufwand und Erschwernisse, die sich aus der Art des Vorhabens ergeben wie z.B. auch höherer Fahr- u. Transportaufwand im Gerüstbau (gleitender Rückbau),
- mehrmalige Anfahrten, längere Vorhaltung von Maschinen und Geräten etc.

-Vorbemerkung Abbruch- und Entsorgungsmaßnahmen-

3. ABBRUCHMAßNAHMEN

Zielsetzung dieser Separierungsmaßnahmen stellen die gesetzlichen Anforderungen gem. KrWG den Anteil an gefährlichem Abfall zu minimieren.

In Vorbereitung des Abbruches wurden Untersuchungen mit dem Ziel der Erfassung der Materialien als gefährlicher und nicht gefährlicher Abfall gemäß Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) durchgeführt. Die Ergebnisse liegen vor. Auf Grundlage derer muss die Rückbaumaßnahme unter Separierung der einzelnen schadstoffbehafteten Baumaterialien, getrennt nach einzelnen Abfallsorten, geplant und durchgeführt werden.

Grundsätzlich sind die als gefährlicher Abfall definierten Baustoffe vom übrigen Bauschutt (nicht gefährlicher Abfall) zu separieren

Als Voraussetzung für den Baubeginn bzgl. der Abfallproblematik bei dem Abbruch von baulichen Anlagen sind die folgenden Auflagen zu erfüllen:

- Die Abbrucharbeiten zum Asbest sind dem Gewerbeaufsichtsamt und der Berufsgenossenschaft 7 Tage vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen. Die entsprechenden Nachweise sind vor Beginn der Abbrucharbeiten der Bauüberwachung in schriftlicher Form vorzulegen.

Die Originale der Aufmassblätter erhält der Auftraggeber, die Durchschriften die örtliche Fachbauleitung. Alle anfallenden Aufwendungen sind in die EP's einzukalkulieren!

Die abfallrechtliche Einordnung erfolgt nach der "Verordnung zur Umsetzung des Europäischen Abfallverzeichnis" (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV).

Die Deklaration, Zuordnung der Abfälle erfolgt auf der Grundlage der durchgeführten Untersuchungen durch ERGO Umweltinstitut GmbH sowie der baubegleitend durchgeführten Beprobungen und Deklarierungen.

Hinweis: Haufwerke

Zur Reduzierung der Entsorgungskosten sind durch den AN entsprechende Haufwerke in Größe von max. 500 m³ in direkter Abstimmung mit dem AG zu errichten, welche durch die Bauüberwachung des AG fachgerecht beprobt. Die entsprechenden Kosten bzw. Aufwendungen einschl. aller Nebenkosten, Umsetzen der Haufwerke (es ist mit Unterbrechung der Arbeiten auszugehen) sind in den entsprechenden Positionen mit einzurechnen. Die entsprechenden Zeiten für die Probenahmen bzw. für die durchzuführenden Analysen sind in den Bauablauf miteinzurechnen.

Hinweis: Transportwege

Das Fördern und Laden der anfallenden Materialien, Abfälle gehört zur Leistung und wird nicht gesondert vergütet. Transportwege innerhalb des gesamten Baufeldes von größer 100 m, sowie von Arbeitshöhen bis ca. 28 m sind im Angebot zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet. Der AN hat den dafür notwendigen Personal- und Technikeinsatz im Angebot zu berücksichtigen.

-Vorbemerkung Rückbau Medien-

4. RÜCKBAU MEDIEN

Medien: allgemein:

Die Demontage und Entsorgung aller Anlagen, Ausrüstungen, Leitungen und sonstiger medientechnischer Bauteile in den Gebäuden erfolgt grundsätzlich durch den AN und ist somit im Angebot als Komplettleistung zu kalkulieren.

Darüber hinaus sind alle Hausanschlussleitungen im Keller sowie alle Anschlussleitungen im Außenbereich der Baustelle durch den AN gem. den konkreten Forderungen der Medienträger bis zu den festgelegten Trennpunkten abzubauen und zu entsorgen u. damit inkl. aller Erdarbeiten (Beachte: Abbruch und Entsorgung von Schachtbauwerken ist gesondert ausgeschrieben).

Beachte: Diese Leistungen sind, auch wenn sie nicht noch einmal in Einzelpositionen erfasst sind, durch den Auftragnehmer zu erbringen und im Angebot einzukalkulieren.

Trinkwasser (DREWAG):

Die direkten Abbindungen/physischen Trennungen an den Hausanschlussschiebern werden durch d. Medienträger bzw. eine Firma in dessen Auftrag vorgenommen (gilt auch für die anderen Medien!). Die Erdarbeiten zur Demontage, die Demontage sowie Entsorgung erfolgt durch den AN.

MW / RW / AW:

Die direkten Abbindungen/physischen Trennungen einschl. fachgerechten Verschluss an den Abbindestellen in den Schächten werden durch d. Medienträger bzw. eine Firma in dessen Auftrag vorgenommen. Der Rückbau u. die Entsorgung der Hausentwässerungen bis zu den Kontroll- bzw. Übergabeschächten ist in Abstimmung mit der Stadtentwässerung durch den AN zu realisieren. Die Erdarbeiten zur Demontage, die Demontage sowie Entsorgung erfolgt durch den AN.

Stromleitungen (DREWAG):

Die direkten Abbindungen/physischen Trennungen der Stromleitungen werden durch den Medienträger bzw. eine Firma in dessen Auftrag vorgenommen. Die Erdarbeiten zur Demontage, die Demontage sowie die fachgerechte Entsorgung (gefährlicher Abfall) erfolgt durch den AN und ist als Pos. im Leistungsverzeichnis enthalten.

Telekom:

Die direkten Abbindungen/physischen Trennungen der Telekomleitung wird durch den Medienträger bzw. eine Firma in dessen Auftrag vorgenommen. Die Erdarbeiten zur Demontage, die Demontage sowie Entsorgung erfolgt durch den AN.

Fernwärme:

Die direkten Abbindungen/physischen Trennungen der Fernwärme werden durch den Medienträger bzw. eine Firma in dessen Auftrag vorgenommen. Die Erdarbeiten zur Demontage, die Demontage sowie Entsorgung erfolgt durch den AN.

-Vorbemerkung Vorbereitungsleistungen / Einzureichende Unterlagen-

7. VORBEREITUNGSLEISTUNGEN / EINZUREICHENDE UNTERLAGEN

7.1. Vorbereitungsleistungen

7.1.1 Abbruchkonzept

Auf Grund der Nähe zur Nachbarbebauung und dem Gehweg sowie der Rosenstraße können die vorgeschriebenen Arbeits- bzw. Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden, deshalb ist das 2. OG zwingend bis Oberkante Decke 1. OG manuell zurückzubauen.
Des Weiteren ist aus Schallschutzmaßnahmen das 1. OG bis Oberkante Decke EG ebenfalls manuell zurückzubauen.

Der weitere Abbruch ab dem EG bis einschl. Fundamente kann bei geeigneter Technologie des AN maschinell mit Abbruchbagger erfolgen. Dabei sind entsprechende Vorkehrungen zur Verhinderung der Ausbreitung von Staub und Splitter zu treffen. Insbesondere zum Schutz des Personen- und Fahrzeugverkehrs Rosenstraße. Während dieser Arbeiten ist ein Mobilkran mit einer Abbruchmatte 5 x 10 m einzusetzen.

Die Betonelementezerkleinerung darf auf der Baustelle maximal nur so weit erfolgen als dies zur wirtschaftlichen Nutzung der Transportkapazitäten notwendig ist. Der Betrieb von mobilen Brechern oder anderen mobilen Betonrecyclern ist vor Ort nicht gestattet. Hierunter ist auch das mehrmalige Bearbeiten/Durcharbeiten der Schutthalde mit Pulverisierern mit dem Ziel der max. Stahlseparation zu verstehen! Alle möglichen technischen Technologien sind mit einem erhöhten Aufwand zur geforderten Staubbildung und Separierung von Gefahr- und Schadstoffen verbunden!

Notwendige Vorzerkleinerungen, Transporte bzw. Zwischentransporte einschl. Verladung in Transportbehälter sind Bestandteil der beschriebenen Leistungen und werden nicht gesondert vergütet. Erforderliche Verpackungen auf Grund der Schadstoffe, Anforderungen der Entsorger, Beförderer werden nicht zusätzlich vergütet und sind in den Leistungen einzukalkulieren.

Bei der Durchführung früherer Gebäudeabbrüche hat sich gezeigt, dass der Materialabwurf aus den Fensteröffnungen mit unberechenbaren Risiken verbunden ist. Aus diesem Grund gilt für die kompletten Beräumungs- und Entkernungsarbeiten auf dieser Baustelle ein grundsätzliches Materialabwurfverbot. Der damit verbundene höhere manuelle Transportaufwand im Gebäude insbesondere während der Entkernungsarbeiten ist im Angebotspreis und in der Kalkulation der Leistungszeiten mit der notwendigen personellen Besetzung der Entkernungskolonnen zu beachten! Die Abbruchtechnologie bleibt dem Auftragnehmer überlassen.

Vor der angebotskonkreten Festlegung des Einsatzes schwerer Demontage- und Abbruchtechnik (z.B. Longfront- Bagger) sind vom AN eigenverantwortlich unbedingt die Zufahrtrassen (Durchgangsbreiten, Lastbegrenzungen etc.) und insbesondere die Grundstückssituation bezüglich der Zufahrtbreiten, Kurven- und Wenderadien, der möglichen Entsorgungswege u. der im Außenbereich unterirdisch vorhandenen kanalisierten Medienführungen zu prüfen! Der Aufwand für notwendige Anträge/ Genehmigungen bzw. die Kosten zur Erfüllung der behördlichen sowie sonstiger Auflagen ist in die jeweiligen Positionen mit einzukalkulieren!

Die Abbruchverfahren "Sprengen", "Einschlagen mit Abbruchbirne"; "Eindrücken oder Einziehen" sowie "Einreißen mit Zugseilen" an Raupenfahrzeugen" o.dgl. werden von vornherein ausgeschlossen!

Unter Abbruch/Beräumung/Rückbau etc. ist grundsätzlich auch die Entsorgung aller Stoffe (inkl. Transporten, evtl. Aufbereitungen/Trennungen/Sortierungen u. Deponie) nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu verstehen, d.h. sämtliches Abbruchmaterial (Stoffe und Bauteile) inkl. aller aufgefundenen Gefahr-, Schad- oder Störstoffe, allen evtl. wiederverwendbaren/ verwertbaren Bauteilen, mit Ausnahme der Nachgenannten, werden zum Zeitpunkt der Auftragserteilung Eigentum des Auftragnehmers und sind durch diesen zu beseitigen/zu entsorgen.

Die Zu- und Ausfahrt vom Abbruchgrundstück erfolgt über die Einfahrt der Rosenstraße 77.

Das Abbruchgelände ist mit einem Bauzaun komplett einzufrieden. Sämtliche Hebezeuge und Demontagehilfseinrichtungen sowie ggf. zwischenzeitlich erforderliche Absteifungen / temporäre Stützungen bei statischem Erfordernis bis zum tragfähigen Grund über alle Geschosse sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Besonderheiten: In den angrenzenden Straßenbereichen bestehen keine Stellmöglichkeiten für Großgeräte bzw. LKW's zum Abbruch.

Es bestehen keine Park- bzw. Haltemöglichkeiten in dem unmittelbaren bzw. angrenzenden öff. Straßennetz für den LKW- Verkehr zum Abfahren bzw. Anliefern von Abfall bzw. Baustoffen.

Der Abbruch hat von innen vom Grundstück zu erfolgen.

7.1.2 Baustelleneinrichtungsplan

Der AN hat seiner Baustelleneinrichtung, der gewählten Abbruchtechnologie einen Baustelleneinrichtungsplan zu erstellen. Bei Änderungen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem Auftraggeber bis 5 Tage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich jeweils in '4' Fertigungen zu übergeben.

7.2 Einreichung von Unterlagen

Voraussetzung der Auftragsvergabe stellen die im folgenden Abschnitt aufgelisteten Unterlagen dar. Zur Prüfung der Eignung aller Bewerber werden auf Grundlage der VOB Nachweise und Eigenerklärungen abgefordert. Die mit dem Angebot abzugebenden Unterlagen sind dem Angebot als Anlagen beizufügen. Diese Anlagen sind in sortierter Form mit entsprechend nummerierten Anlagenfrontblättern (z.B. Anlage 1., Anlage 2. usw.) zu erstellen und mit einzureichen.

Folgende Unterlagen (Anlage 1 - Anlage 5) sind mit dem Angebot einzureichen:
Einreichung von Unterlagen mit Angebotsabgabe

(Anlage 1) Allgemeine Angaben Die folgenden allgemeinen Unterlagen sind durch die Bieter nachzuweisen bzw. darzustellen:

- Angaben zu Firmenprofil, Firmenstruktur,
- Niederlassungen etc. (z.B. Organigramm), über Zuverlässigkeit, Geschäftsfelder, Darstellung gesellschaftlicher Verflechtungen, Leistungsfähigkeit und Fachkunde;
- Gesamtumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre (2021/22/23);
- Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021/22/23) jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte / Gegliedert nach Berufsgruppen, Angabe der Leitung und Aufsicht der zu vergebenden Leistung vorgesehene techn. Personal
- Beschreibung der zur Qualitätssicherung und Management getroffenen Vorkehrungen;
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen von Berufsgenossenschaft und Krankenversicherung (max. 3 Monate alt);
- Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister;
- (Firmensitz / Wohnsitz); Gewerbezentralregisterauszug (max. 3 Monate alt);
- Nachweis zur ordnungsgemäßen Zahlung von gesetzlichen Steuern und Abgaben (Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt) (max. 3 Monate alt);
- Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung von Personen-, Sach-, und Vermögensschäden (Deckungssumme mind. 5 Mio. EUR);
- Kooperationspartner / Nachunterauftragnehmer (wenn zutreffend);

Nachweise für die fachgerechte Entsorgung der jeweiligen Abbruchmaterialien sind die durch Vorlage des Entsorgungsfachbetriebs-Zertifikates gemeinsam mit der Annahmeerklärung beim Angebot bereits vorzulegen. Eine Nichtabgabe führt zwingend zum Ausschluss!

Die allgemeinen Angaben sind dem Angebot als Anlage 1 beizufügen.

(Anlage 2) Erfahrungen mit dem Vergabegegenstand

- Erstellung einer Referenzliste mit umfassend erläuterte Referenzen zum Nachweis von erfolgreich abgeschlossenen Leistungen für gleichartige Vorhaben (Auftragsvolumen

vergleichbarer Projekte mind. 500.000 _ brutto_) in den letzten 3 Jahren (2021/22/23) mit Angabe des Auftraggebers (Ansprechperson mit Telefonnummer),

- Auftragswert und detaillierte Darstellung der durchgeführten Arbeiten.

Es sind Erfahrungen mit dem Vergabegegenstand anhand von vergleichbaren Leistungen nachzuweisen. Ein angegebenes Projekt wird als Referenz anerkannt, wenn ein Bezug zu folgenden Leistungen gegeben ist:

- arbeitsschutz- staubschutztechnische Sicherungsmaßnahmen (u.a. Auffangnetze, Schutznetze, Gerüste, Staubschutzmaßnahmen; Einsatz Staubbindemaschinen, Staubschutzwänden) an/vor hohen Gebäuden
- Schutzmaßnahmen gemäß TRGS 521 und TRGS 519 (s/w Bereich, usw. gemäß TRGS 521)
- Erstellung Abbruchkonzept
- Über alle angegebenen Referenzen sind zwingend Erfahrungen in allen zuvor genannten Leistungsbereichen nachzuweisen. Doppelnennung einer Referenz in unterschiedlichen Leistungsbereichen ist möglich. Je nachzuweisenden Leistungsbereich sind zwei Referenzen zu erbringen.

Die Referenzen sind dem Angebot als Anlage 2 beizufügen.

(Anlage 3) Technische Ausstattung

Detaillierte Vorstellung der zum Rückbau zur Verfügung stehenden Technik / Ausrüstung mit Technologiebeschreibung. Die Angaben zur technischen Ausstattung inkl. Einsatzbestätigung der Sondermaschinen (z.B. Staubbindemaschinen) sind dem Angebot als Anlage 3 beizufügen.

Für die technische Ausstattung gelten folgende Mindestanforderungen:

Baukran oder Mobilkran zur (Entkernung) u. Demontage bzw. einer/mehrere Abbruchbagger (z.B. Longfront-Bagger) Hebezeuge/Abbruch-, - säge- und Schutzgerüste, Schutzausrüstungen; Staubbindemaschinen, Staubschutzwände

Abbruchtechnologie

Erarbeitung einer prüffähigen und situationsgerechten Abbruchtechnologie auf der Grundlage der vom AG festgelegten Angaben, insbesondere sind darin die Aspekte vom LV zu berücksichtigen. Die Abbruchtechnologie ist im Auftrag und auf Rechnung des Bieters zu erstellen und mit der Angebotsabgabe einzureichen.

Die Abbruchtechnologie müssen alle Rückbau- und Sanierungsarbeiten (u.a. Sanierung von kanzerogenen Fasern gem. TRGS 521; Staubschutzmaßnahmen; Einsatz Staubbindemaschinen, Staubschutzwänden) beinhalten enthalten. Die Technologie muss u.a. alle erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen sowie sämtliche Gerüstarbeiten enthalten.

Termin: Abgabe mit Angebotsabgabe

Einreichung von Unterlagen innerhalb einer Woche nach Zuschlagserteilung

Innerhalb einer Woche nach Zuschlagserteilung sind zur Bestätigung durch den AG vorzulegen:

- ein detaillierter eigener Bauzeitenplan,
- ein aktualisierter Baustelleneinrichtungsplan mit Bezug zur Rückbau- und Sanierungsfolge,
- die Personalvorstellung des verantwortlichen Bauleiters,
- Anzahl der am Vorhaben beteiligten Facharbeiter und Hilfskräfte (trifft auch für beteiligte Subunternehmer zu),
- Vor Beginn der Arbeiten ernannt der AN einen geeigneten Bauleiter, der die gesamte Verantwortung für die Arbeitsausführung/Auftragsabwicklung des AN auf der Baustelle trägt.

-Vorbemerkung Bauvorbereitende Maßnahmen / Baustelleneinrichtung-

8. BAUVORBEREITENDE MASSNAHMEN / BAUSTELLENEINRICHTUNG / BAUSTELLENSICHERUNG

8.1 Bauvorbereitende Maßnahmen

Folgende Bauvorbereitende Maßnahmen sind durchzuführen:

- vor Beginn der Abbrucharbeiten, Sicherung u. Verkehrssicherung der Baustelle, Bauzaun, Sicherheits- und Verkehrsbeschilderungen;
- Aufstellen eines durchgehend geschlossenen Bauzauns, freistehend, um den gesamten Baustellenbereich,
- sonstige zus. Maßnahmen zum Nachbarschaftsschutz (z.B. Staubschutz),
- Rodung von Bäumen, Wildwuchs, Unterholz, Sträuchern. Bodendeckern auf dem Baustellenbereich
- Einrichten der Entnahmestellen/Verteiler für Bauwasser u. Baustrom (Anschlusspunkte u. -bedingungen sind nach Auftragserteilung in Abstimmung mit der Bauherrschaft/ Projektleitung/BÜ mit den Medienträgern direkt örtlich vorzubesprechen/festzulegen),
- Herstellung einer Baustraße auf unbefestigten und entsprechend beeinflussten Flächen und Herstellung von Überfahrtrassen für Schwerlastfahrzeuge über unterirdische Medienkanäle in Abstimmung mit den Medienträgern u. nach deren Vorgaben,
- Sicherung/Schutzüberdeckung von befestigten öff. Flächen und Flächenbegrenzungen (Fahrbahnen, Straße, Borde, Gehwege etc.)
- Gerüst und Absturzsicherungen zur Rückbauabsicherung, Ausführung Gerüstrückbau in Teilen entsprechend Demontagefortschritt bzw. mit entsprechen Hubbühnen od. Fassadensteigern und einem zugelassenen Ausleger-Gerüstsystem (z.B. Combi-Safe)
- zusätzliche Absturzsicherungen/Hilfsplattformen an und auf dem Gebäude nach Notwendigkeit (z.B. zur Demontage des Dachbelages vom Dach).

8.2 Allgemeine Bemerkungen zur Bauausführung (Baustelleneinrichtung / Baustellensicherung)

1. Der Auftraggeber stellt das Gelände für die Baustelleneinrichtung in erforderlichem oder entsprechend den örtlichen Gegebenheiten möglichem Umfang zeitweilig unentgeltlich zur Verfügung.
2. Für das Befahren des Betriebs- und Baustellengeländes sind in jeder Hinsicht die Weisungen der Verantwortlichen der Örtlichen Fremdüberwachung zu beachten. Im Betriebs- und Baubereich gilt die StVO. Der Auftragnehmer hat die von ihm bzw. dessen NAN eingesetzten Fahrzeuge und Hilfsgeräte sichtbar mit seinem Firmenschild zu kennzeichnen.
3. Für die erforderliche Stromversorgung der Maschinen, Geräte, Aggregate, Unterkünfte, Baubüros sorgt der Auftragnehmer. Baustrom und Bauwasser kann nicht bereitgestellt werden und ist eigenverantwortlich je nach Erfordernis zu planen und zu organisieren. Weitere Informationen sind bei einer Ortsbesichtigung zu erfragen.
4. Für den ordnungsgemäßen Schutz von Bauteilen, Freiflächen, Bürgersteig und Straßengeländeflächen zeichnet der Auftragnehmer eigenverantwortlich, sofern er diese Flächen für Zuwegungen, Baustelleneinrichtungen oder Bauabfälle nutzt. Die Sicherung von Baubereich und Baustelle ist während der gesamten Bauzeit sicherzustellen. Dies bezieht Beleuchtung sowie aller erforderlichen Verkehrs und Warnschilder (einschließlich aller Warn- und Hinweisschilder gem. TRGS 521, TRGS 519 und TRGS 524), liefern, aufstellen, vorhalten über die Bauzeit, abbauen, abtransportieren mit ein. Kosten hierzu sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Durch den Auftragnehmer verursachte Beschädigungen sind nach Beendigung der Arbeiten unaufgefordert zu beseitigen. Eventuell notwendig werdende Reparaturen und Instandsetzungen als Folge seiner ausgeführten Arbeiten sind zu Lasten des Auftragnehmers durchzuführen.
5. Vor Einrichten der Baustelle ist vom Auftragnehmer ein Baustelleneinrichtungsplan zu erstellen und der örtlichen Fremdüberwachung zur Genehmigung vorzulegen. Die für die Baustelleneinrichtung zu nutzenden Flächen, Lagerflächen, Baustraße, Standflächen, freizuhaltenden Flächen und dergleichen sind im Baustelleneinrichtungsplan unter Abgabe des Verwendungszweckes anzulegen. Mit dem Baustelleneinrichtungsplan ist weiterhin der Lagerplatz für die Zwischenlagerung von Abfall bekanntzugeben.
6. Die Wahl und der Einsatz der Baugeräte sind Sache des Auftragnehmers.
7. Die Einrichtung der Baustelle ist so vorzunehmen, dass die Ver- und Entsorgungsleitungen der Baumaßnahme rechtzeitig und ohne Behinderung, verlegt werden können. Eventuell vorhandene Grenzsteine, Vermessungsmarkierungen, Laubbäume, Medien sind mit Beginn der Arbeiten im Zuge der Baustelleneinrichtung bis zum Räumen der Baustelleneinrichtung zu schützen.
8. Soweit nicht anders beschrieben, umfasst die Baustelleneinrichtung:
 - 8.1. den Auf- und Abbau, den An- und Abtransport, sowie die Vorhaltung unter anderem von Baubüro für AG bzw. dessen Vertreter (örtliche Fremdüberwachung); Ausführung

- mindestens: beheizbar, Sanitäreinrichtungen gemäß Arbeitsstättenverordnung, Waschmöglichkeiten und Stromanschluss
- 8.2. bei Bedarf des AN: sonstige Bauten (auch Baracken, Tagesunterkünften, Container, Wohnungen) für Büros, sanitäre und soziale Zwecke des Auftragnehmers oder dessen Subunternehmer
 - 8.3. bei Bedarf des AN: Vormontageplätzen, Arbeitsplätzen für technologische Einrichtungen, Baumaschinen u. dgl., Baustofflagern
 - 8.4. Ver- und Entsorgung mit Wasser, Strom, Telefon, Gas, Wärmeenergie für eigene und Subunternehmerleistungen, einschließlich Bauwasserversorgung herstellen, für die Zeit der Abbruchmaßnahme zum Staubniederschlag vorhalten und wieder abbauen. Anschlussstellen/-leitungen für Trinkwasser inkl. Wasseruhr herstellen. Der Anschluss an das Ortsnetz des zuständigen Wasserversorgers und daraus entstehende Kosten sind in die Einzelpreise mit einzukalkulieren. Bauwasserversorgung einschl. Zapfstellen in erforderlicher Anzahl und geeigneter Dimensionierung einschl. der dazugehörigen notwendigen Anschluss- und Verbindungsleitungen. Vorhalten für die gesamte Sanierungsmaßnahme
 - 8.5. Baustellenbeleuchtung und Arbeitsplatzbeleuchtung;
 - 8.6. bei Bedarf des AN: Statische Ertüchtigung des Kranstandortes
 - 8.7. Verkehrssicherungseinrichtungen (Sicherungs- und Absperrmaßnahmen lt. Genehmigung nach § 46 Abs. 6 StVO) einschl. sämtlicher Leistungen zur Verkehrssicherung
 - 8.8. Absperrungen, Verkehrseinrichtungen, Schutzwände (wenn nicht anders ausgeschrieben) - Schutzvorrichtungen für bestehende Baulichkeiten oder die Umwelt - Baustraßen / Verkehrsflächen /Arbeitsbereiche – Kräne
 - 8.9. bei Bedarf des AN: Alle Kosten zur Anmietung / Einrichtung / Unterhaltung / Sicherung / Beräumung einer baustellenexternen Bereitstellungsfläche inkl. aller Kosten und Aufwendungen für Genehmigungen / behördliche Auflagen und deren Erfüllung,
 - 8.10. Alle Kosten zur Anmietung / Einrichtung / Unterhaltung / Sicherung / Beräumung aller Baustelleninternen Bereitstellungsflächen inkl. aller Kosten und Aufwendungen für Genehmigungen / behördliche Auflagen und deren Erfüllung
 - 8.11. Erforderliche Abstütz- und Schutzmaßnahmen in Abhängigkeit der Abbruchtechnologie/ Abbruchstatik
 - 8.12. Um-/Neubau der Baustellenein- und -ausfahrten (niveaugleicher Verlauf des Fußweges, keine Asphalt- / Stahlüberbrückungen!)
 - 8.13. Gerüst und Absturzsicherungen zur Sanierung / Demontage vom Dach
 - 8.14. bei Bedarf des AN: zusätzliche Absturzsicherungen/Hilfsplattformen an und auf dem Gebäude nach Notwendigkeit (z.B. zur Demontage des Dachbelages vom Dach)
 - 8.15. bei Bedarf des AN: Anmietung / Herrichtung von außerhalb des Abbruchgeländes befindlicher zusätzlicher BE-Fläche
 - 8.16. inkl. Kennzeichnung der Baustelle durch Aufstellen von Verbots-, Gebots- und Warnschildern einschließlich dem Vorhalten und dem Rückbau. Es ist u.a. die BGV A 8 (Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz) zu beachten.
 - 8.17. inkl. Manuelle Reinigung von Fahrzeugen und Geräten mittels Hochdruckreiniger und mechanischen Reinigungsmitteln bei Verlassen der Sanierungsbaustelle. Ausführung der Reinigung auf der Fläche der Baustelle. Einschl. aller Medien-, Geräte-, Material-, Personal- und Nebenkosten.
 - 8.18. Im Zuge der Bautätigkeit verschmutzte Verkehrswege und Bereiche außerhalb des Bauzaunes sind täglich vor Verlassen der Baustelle zu beräumen und besenrein zu säubern/abzurechen.
9. Erforderliche Abstütz- und Schutzmaßnahmen sind, wenn nicht ausdrücklich anders beschrieben, einzukalkulieren.
 10. Eigenes Rest- und Abbruchmaterial ist vom Auftragnehmer kostenlos zu beseitigen. Die einschlägigen Vorschriften über die Entsorgung von Sondermüll sind zu beachten. Die Entsorgung von Abfällen, Abbruchmassen und Bauschutt umfasst die Verwertung entsprechend den Vorschriften bzw. die erforderlichen Maßnahmen des Einsammelns, Beförderns, Behandeln und Lagerns entsprechend den Vorschriften und behördlichen Auflagen. Die Schuttbeseitigung von der Baustelle, einschl. Abtransport zu einer öffentlich genehmigten Kippe und die Kippgebühr ist einzukalkulieren.
 11. Allgemeine BE-Flächen (außer auf dem Flurstück) können dem Auftragnehmer nicht zur Verfügung gestellt werden und sind bei Bedarf anzumieten.
 12. Bei der Demontage/beim Abbruch des Hauses/der Segmente ist zu beachten, dass sich in unmittelbarer Nähe Gebäudekomplexe, stark befahrene Straßenverläufe im Bereich der Hauptzufahrt und weitergehende und tangierende Versorgungsleitungen und -trassen der Medienträger befinden, welche im notwendigen Umfang zu schützen und beschädigungsfrei zu

erhalten sind. Des Weiteren ist im Bereich der Fußwege mit einem hohen Fußgängeraufkommen zu rechnen.

13. Die Baustelleneinrichtung umfasst alle Aufwendungen für notwendige Geräte, für alle Aufwendungen für die Erstellung und Wiederherstellung des Ursprungszustandes der Baustellen-Einfahrt bei Beschädigungen, alle Aufwendungen für die gegebenenfalls notwendige Einrichtung eines BE-Fläche, Fassadengerüste, Auffangeinrichtung, Auffangnetze, Werkzeuge und Hilfsmittel, Materialvorhaltekosten, Lohn- und Personalkosten sowie alle sonstigen Kosten, die der AN zur ordnungsgemäßen Durchführung der Leistung zu erbringen hat.
14. Darunter fallen auch alle Sicherheits- und Absperrmaßnahmen in und außerhalb des Abbruchgeländes insbesondere hinsichtlich der Verkehrswege außerhalb des Abbruchgrundstückes (Säuberung und Beleuchtung), der Schutz der Nachbargrundstücke an der Grundstücksgrenze und die Erfüllung von Forderungen des Ordnungs- bzw. Umweltamtes, der Berufsgenossenschaft, der Bauaufsicht und sonstigen Behörden.
15. Die Verschmutzung von Verkehrsflächen ist unbedingt auszuschließen und diesbezügliche technische, technologische und logistische Möglichkeiten vorzusehen und umzusetzen.
16. Es besteht ein generelles Nutzungsverbot des öffentlichen Straßenraumes als Warteplätze (keine Blockierung der angrenzenden Straßen durch parkende LKW, Verhinderung von parkenden bzw. haltenden LKW im Straßenbereich).
17. Die Lagerung brennbarer und leicht entflammbarer Stoffe wie Schweißgase, Lösungsmittel etc. in den Abbruchgebäuden nach Arbeitsschluss ist verboten. Im Falle von Schweiß- und Lötarbeiten hat der AN die Festlegung und Durchführung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zur Ausführung der Arbeiten sowie die Absicherung der Nachkontrollen (Brandwache) nach Erfordernis sicherzustellen.
18. Die Baustelleneinrichtung umfasst alle Aufwendungen für Fassaden- oder Raumgerüste, Abplanungen, Hebezeuge und Anschlagmittel, Hubbühnen, Gerüstaufzüge, Absetzbühnen, Notbeleuchtung innen und außen, Baustellenfeuerlöscher, Baustellenabsperrungen am Abbruchobjekt selbst, Schneeberäumung, Errichtung von befestigten Baustreifen auf dem Flurstück u.a.
19. Kosten für den Transport von Materialien und Bauteilen, sowie notwendige Demontagehilfen sind einzukalkulieren.

-Vorbemerkung Anzuwendende Technische Vorschriften und Normen-

9. ANZUWENDENDE TECHNISCHE VORSCHRIFTEN UND NORMEN

Unter anderen sind folgende Normen, Vorschriften und Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten:

- Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung - GefStoffV)
- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) mit den untergesetzlichen Regelungen wie der Abfallverzeichnisordnung (mit Abfallschlüssel),
- der Nachweisverordnung,
- das Regelwerk der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA),
- die Altholzverordnung (AltholzV),
- die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV),
- das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG),
- das Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG),
- die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (BImSchV)
- DIN 4123

Zusätzlich zu den ATV gem. VOB/C (DIN 18299 ff., DIN 18459) sind unter anderen folgenden Normen und Vorschriften (wie zutreffend) zu beachten:

- die Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen deutschen Berufsgenossenschaften,
- die örtlichen Feuerverhütungsvorschriften,
- VDE 0100 Bestimmungen für das Errichten von Starkstromanlagen mit Nennspannungen bis 1000 V,
- (gegebenenfalls die VDE 0101),
- VDI 3492 insbesondere die TRGS 519, 521, 524 u. 551,
- die kommunale Abfallsatzung,
- die Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen (AbfAbIV)
- die Technische Anleitung zur Verwertung, Behandlung u. sonstigen Entsorgung von Siedlungsabfällen (TASi) als Dritte Allg. VV zum Abfallgesetz,
- die Anschlussbedingungen der Medienträger der Stadt Dresden und deren Satzungen,
- die Gehölzschutzsatzung der Stadt Dresden,
- die Informations- und Merkschriften der Stadt Dresden zum Umwelt- und Naturschutz

Die o.a. Normen und Vorschriften werden Vertragsbestandteil. Über ihren Inhalt hat sich der AN als fachkundiger Betrieb selbständig Kenntnis zu verschaffen. Es kann ein Nachweis der entsprechenden Fach- und Sachkunde verlangt werden.

-Vorbemerkung Immissionsschutz-

12. IMMISSIONSSCHUTZ

Auf Grund der exponierten Lage der Abbruchbaustelle sind Lärm, Staub und Erschütterungen auf ein definitiv unvermeidliches Maß zu reduzieren sind. Der Auftragnehmer hat entsprechend seinen Erfahrungen und seiner Fachkunde alle möglichen Vorkehrungen zur Einhaltung dieser Forderung zu treffen und entsprechende zusätzliche Kostenelemente, selbst wenn sie nicht schriftlich im Leistungstext/als LV Pos. verankert sind, in seiner Angebotskalkulation zu berücksichtigen.

Zu diesen Maßnahmen gehört z.B. auch der Einsatz von leistungsfähigen Bewässerungsanlagen zur Staubniederschlagung/Staubbindung gem. 4.2.7 DIN 18459 VOB/C! Als Mindestausstattung während des Baggerabbruchs werden gefordert:

1 voll funktionsfähige und ausreichende Düsenbewässerung vorn am Abbruchbaugerät des Baggers.

Als Mindestausstattung während des Baggerabbruchs, während der notwendigen Zerkleinerungen und auch während der Verladung werden gefordert:

2 bzgl. ihrer Reichweite ausreichende Bewässerungsanlagen, die zielgerichtet steuerbar sind und auch die Möglichkeit der intensiven Wasserbeschleierung bieten.

Zur Absicherung der benötigten Wassermengen hat sich der AN vor Baubeginn (bzw. zur ausreichenden Angebotskalkulation schon vor Angebotsabgabe) über die im Wassernetz anstehende Druck-/ Durchflussmengensituation beim Medienträger zu informieren und -falls notwendig- Fehlmengen in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten (z.B. mit Tankwagen und Pumpen) zu ergänzen.

Alle Lärmschutzmaßnahmen sind Nebenleistungen. Der AN verpflichtet sich, den AG von allen Ansprüchen Dritter freizuhalten, die sich aus der Nichteinhaltung der Lärmvorschriften ergeben. Der AN hat die Baustelle so einzurichten, dass entsprechend dem Stand der Technik nur geräuscharme Baumaschinen verwendet werden. Er ist verpflichtet, ständig seine Arbeitnehmer und Nachunternehmer anzuhalten, den Baulärm auf das unvermeidliche Mindestmaß zu beschränken.

-Vorbemerkung Qualitätssicherung-

13. QUALITÄTSSICHERUNG

Während der Bauausführung ist durch den AN folgendes zu beachten bzw. zu leisten:

Eine qualitätsgerechte Eigenüberwachung der Teilleistungen ist zu belegen. Der Bauleiter des AN ist verpflichtet, während d. Ausführung d. Arbeiten auf d. Baustelle zu sein u. die Arbeiten fachgerecht zu überwachen. Längere Abwesenheiten von der Baustelle sind der Projektleitung/ Bauüberwachung vorher anzuzeigen. Für diesen Fall ist vom Auftragnehmer ein geeigneter Stellvertreter zu benennen. Die Privatanschriften/ (Fu.-)Telefonnummern des Bauleiters und seines Stellvertreters sind bei der Projektleitung/ Bauüberwachung zu hinterlegen.

Der AN ist bei seiner Arbeitsausführung auf der Baustelle für die strikte Einhaltung der Arbeits-, Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften allein verantwortlich. Bei Baustelleneröffnung ist der Sicherheitsbeauftragte des AN der Projektleitung schriftlich zu benennen.

Der AN ist verpflichtet, für sämtliche Arbeiten einschließlich Baustelleneinrichtung und -räumung nur ausgebildete Fachkräfte einzusetzen. Arbeitskräfte des AN, die der AG aufgrund ihrer Verhaltensweise als unfähig oder ungeeignet bezeichnet, sind auf Verlangen der Projektleitung sofort von der Baustelle zu entfernen. Sie sind seitens des AN unverzüglich und kostenlos für den AG durch akzeptable Arbeitskräfte zu ersetzen.

Vom AN sind bis 10.00 Uhr des dem Berichtstage folgenden Arbeitstages Tagesberichte der Projektleitung vorzulegen. Sie sollen folgende Angaben enthalten:

Wetter, Personalstärke, Geräteeinsatz, Arbeitsfortschritt auf der Basis der Terminplanung, Arbeitsunfälle / Ausfälle einschl. deren Ursachen sowie besondere Vorkommnisse. Neben dem Tagesbericht ist arbeitstäglich bis 10.00 Uhr eine Stärkemeldung bei der Projektleitung abzugeben, in der die tatsächlich auf der Baustelle vorhandenen Arbeitskräfte des AN einzutragen sind.

Der AN ist verpflichtet, alle für die Ausführung seiner Leistungen erforderlichen behördlichen Genehmigungen zu beschaffen und etwaige erforderliche behördliche Kontrollen durchführen zu lassen. Der AN trägt während der Durchführung seiner Arbeiten für seinen Arbeitsbereich die alleinige zivilrechtliche, strafrechtliche und öffentlich-rechtliche Verantwortung. Er haftet für alle Ansprüche, die aus der Nichtbeachtung von Vorschriften, Normen, Regeln und dergleichen entstehen und hält den AG und dessen Erfüllungsgehilfen zu jeder Zeit von derartigen Ansprüchen frei.

Vor Beginn seiner Arbeiten hat sich der AN davon zu überzeugen, dass etwa vorausgegangene Arbeiten so ausgeführt worden sind, dass er seine Leistungen erbringen kann und schädigende Auswirkungen auf seine Leistungen ausgeschlossen sind. Ebenso hat er sicherzustellen, dass seine Arbeitsausführung keine nachteilige Auswirkung auf die auszuführenden Leistungen Dritter hat.